

Donnerstag, 29. Dezember 2022, Waldeckische Landeszeitung / Guten Morgen, Waldeck!

Auf dem Land wird es teurer

Sachverständigenrat rät zu zielgenauer Entlastung



Musterbeispiel für ländliche Entwicklung: In Freienhagen wurde die Dorfentwicklung mit Ideen und großer Eigeninitiative voran getrieben. Nachteile muss aber auch der Waldecker Stadtteil als Teil der ländlichen Region hinnehmen: Für Mobilität und Energiekosten zahlt die Landbevölkerung oft mehr als die Einwohner von Städten oder Ballungsgebieten, urteilt der Bundes-Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung. Fotos: Hans Blossey, PR

Waldeck-Frankenberg – Vom starken Anstieg der Energiepreise ist die Bevölkerung auf dem Land weitaus härter betroffen als in Städten. Darauf macht der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufmerksam. Das Gremium, in dem der Waldecker Latif Hamamiyeh Al-Homssi mitarbeitet, empfiehlt dem Bundeskabinett, einen Fokus auf diese Regionen zu legen.

„Die Preisspirale trifft grundsätzlich alle Menschen und Unternehmen in Deutschland. Es gibt jedoch Besonderheiten, die im Bezug auf Siedlungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur für eine spezifische Betroffenheit ländlicher Räume sprechen“, sagt Hamamiyeh Al-Homssi. „Betrachtet man die aktuelle Situation aus Sicht der Menschen in Waldeck-Frankenberg, Hessens flächen-

größten Landkreis, so treffen die in der Stellungnahme genannten Charakteristika exakt zu.“

Entscheidende Kriterien seien Struktur und Wohnsituation. Der Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern und der Wohnfläche pro Person sei weitaus höher als in Ballungszentren und Großstädten. Das führe automatisch zu höheren Heizkosten.

Häufig bewohnten vor allem ältere Menschen die eigenen, oft großen Häuser, allein und müssten gestiegene Kosten und Instandhaltung finanzieren. „Ein Blick in Dorfzentren genügt, um sich ein Bild dieser Situation zu machen“, sagt der Höringhäuser, der als SPD-Fraktionsvorsitzender dem Waldecker Stadtparlament angehört.

Gravierende Nachteile sieht der Sachverständigenrat auch bei der Mobilität. Die täglich zurückgelegte Distanz zu Wocheneinkauf, Arbeitsplatz oder Sportverein sei meist deutlich höher als in Ballungsgebieten. Und der fehlende ÖPNV-Ausbau mache das eigene Auto unverzichtbar. „Diese Abhängigkeit führt zu einer steigenden Belastung durch die gestiegenen Kraftstoffpreise“, folgert Hamamiyeh Al-Homssi.

Ein Blick auf die Unternehmenslandschaft zeige eine weitere Besonderheit. Zumeist kleine und mittelständische Betriebe aus dem verarbeitenden Gewerbe seien im Landkreis zu finden, dies sei aber energieintensiver und stelle Unternehmen vor große Herausforderungen.

Der Sachverständigenrat empfiehlt dem Bundesministerium mit Nachdruck als „Anwalt ländlicher Räume“ aufzutreten. Entlastungsmaßnahmen sollten zielgenauer eingesetzt werden, heißt es in der Stellungnahme. Kleine und mittlere Unternehmen müssen aufgrund ihrer zentralen Rolle in der Wirtschaftsstruktur ländlicher Räume ausreichend unterstützt werden. Sie dürfen nicht pauschal aufgrund ihrer Betriebsgröße bei Kostenentlastungsprogrammen ausgegrenzt werden. Zudem sollten Potenziale regionaler Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe bei der Förderung gezielt gestärkt werden. Große Chancen eröffneten hier die erneuerbaren Energien.

Starke Energiepreisanstiege machten sowohl kurzfristige politische Entscheidungen als auch grundlegende längerfristige Transformationsprozesse notwendig. „Hierbei sind staatliche Akteure von Bund bis Kommune aber auch die Wirtschaftsakteure wie Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher und Zivilgesellschaft gefordert“, folgert Hamamiyeh Al-Homssi.

red/höh